POSITIONSPAPIER

Stärkung der Polizeiarbeit durch den gezielten Einsatz von Tarifbeschäftigten



Gewerkschaft der Polizei

1. Ausgangslage

Die Polizeien in Bund und Ländern stehen vor erheblichen Herausforderungen: Der Rückgang an Bewerber:innen, der Fachkräftemangel, die zunehmende Komplexität von Kriminalitätsphänomenen wie Cybercrime sowie steigende gesellschaftliche und politische Erwartungen an die Polizei führen zu einer strukturellen Überlastung.

Tarifbeschäftigte sind längst ein unverzichtbarer Teil der Polizei. Sie leisten wertvolle Arbeit in kriminaltechnischen Laboren, Kfz-Werkstätten, Küchen, in der IT, in der Verwaltung oder im Bereich Cybercrime.

Auch Beamt:innen außerhalb des Vollzugs tragen wesentlich zur Leistungsfähigkeit der Polizei bei. Sie übernehmen hoheitliche Aufgaben wie etwa in der Personalbearbeitung, im Haushalt, der Organisation, der Liegenschaftsverwaltung oder der IT-Forensik. Gemeinsam mit den Tarifbeschäftigten und den Polizeivollzugsbeamt:innen bilden sie die drei tragenden Säulen einer modernen und handlungsfähigen Polizei.

Mit dem Modell der sogenannten Kriminalassistenz und ähnlichen Konzepten wird die Frage aktuell: Welche Aufgaben können, sollen und dürfen Tarifbeschäftigte übernehmen – und wie muss der rechtliche, organisatorische und tarifliche Rahmen gestaltet sein, damit ihr Beitrag dauerhaft tragfähig und rechtssicher ist?

2. Gewerkschaftliche Grundsätze

Die GdP steht für eine sachorientierte und differenzierte Diskussion, die sich an folgenden Grundsätzen orientiert:

- Keine Entwertung des Polizeivollzugsdienstes. Eingriffsintensive und grundrechtsrelevante Maßnahmen bleiben Beamt:innen im Vollzugsdienst vorbehalten.
- Tarifbeschäftigte und Beamt:innen außerhalb des Vollzugs sind keine „Hilfskräfte“. Sie sind qualifizierte Fachkräfte mit eigenem Profil, Anspruch und Verantwortung.
- Gute Arbeit braucht gute Bedingungen. Dazu gehören tarifgerechte Eingruppierung, Arbeitsschutz, rechtliche Absicherung und Fortbildung etc.
- Mitbestimmung ist unverzichtbar. Alle Modelle müssen mit den Interessenvertretungen entwickelt und begleitet werden.

3. Chancen und Grenzen des Einsatzes von Tarifbeschäftigten

a) Chancen:

- Effiziente Einarbeitung durch gezielte Nutzung vorhandener Qualifikationen statt generalistischer Ausbildung.
- Zugang zu einem breiteren Fachkräftepool.
- Entlastung von Polizeivollzugsbeamt:innen bei administrativen oder spezialisierten Aufgaben.
- Stärkung polizeilicher Teams durch interdisziplinäre Berufsausbildungen und Professionalisierung.
- Höhere Spezialisierung, etwa durch Fachpersonal für Cyberforensik, Sprachanalyse oder Social Media.
- Öffnung der Polizei für Bewerber:innen außerhalb des Vollzugsdienstes, die mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen zur Vielfalt der Organisation beitragen.

b) Grenzen:

- Eingriffsintensive Maßnahmen (z. B. Durchsuchungen, unmittelbarer Zwang) bleiben dem hoheitlichen Kernbereich vorbehalten.
- Tarifbeschäftigte benötigen eine eigene rechtliche Absicherung, insbesondere bei Dienstunfällen oder Gewalteinwirkungen.
- Fehlende Zeichnungsbefugnisse führen zu ineffizienten Abläufen und Frustration.
- Begrifflichkeiten wie „Kriminalassistenz“ werden als abwertend wahrgenommen.
- Keine Abwertung durch niedrige Eingruppierungen – Verantwortung muss sich auch tariflich widerspiegeln.

4. Gewerkschaftliche Positionen

Die GdP tritt dafür ein, dass Tarifbeschäftigte:

- systematisch in die Bearbeitung einfacher und mittlerer Kriminalität eingebunden werden,
- standardisierte Ermittlungsmaßnahmen, Recherchen, Datenabfragen und Anhörungen selbstständig durchführen können,
- eine rechtliche Anerkennung als Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft für bestimmte Aufgabenbereiche erhalten,
- in der Polizei durch respektvolle, aufgabengerechte Berufsbilder in ihrer Rolle aufgewertet werden,
- In ihrer beruflichen Entwicklung aktiv gefördert und unterstützt werden, um ihre Einbindung in polizeiliche Aufgabenbereiche zu stärken – anstelle neuer paralleler Berufsgruppen,
- durch die Mitwirkung an (kriminal-)polizeilichen Aufgaben durch passgenaue Fortbildung, Schutzkonzepte und tarifliche Absicherung begleitet werden,
- attraktiv eingruppiert werden, um ihrer Rolle in der Polizei gerecht zu werden,
- nicht länger durch Personalentwicklungsprogramme (PEP-Quoten) strukturell benachteiligt und Beamt:innen als Lückenfüller für abgebaute Stellen im Tarifbereich missbraucht werden, und dass
- verbesserte Karriereverlaufsmodelle bei der Polizei für die Tarifbeschäftigten bis hin zur Verbeamtung im Polizeivollzugsdienst oder im Verwaltungs- bzw. technischen Bereich ermöglicht werden. Karriereverlaufsmodelle verknüpfen berufliche Praxis mit gezielter Qualifizierung, modularen Fortbildungsangeboten und nachvollziehbaren Auswahlverfahren. Durch abgestufte Tätigkeitsprofile, planbare Höhergruppierungen und verbindliche Entwicklungsstufen können Tarifbeschäftigte schrittweise an die Anforderungen des Beamtenverhältnisses herangeführt werden. Gleichzeitig wird der Polizeibereich als Arbeitge-

ber attraktiver, Fachkräfte werden langfristig gebunden und der steigende Personalbedarf kann nachhaltig gedeckt werden – unter Beachtung der tarifrechtlichen Regelungen sowie der beamtenrechtlichen Eignungs-, Befähigungs- und Leistungskriterien.

5. Rechtlicher Rahmen und Grundsatzfragen

Gemäß Artikel 33 Absatz 4 GG sind hoheitliche Aufgaben grundsätzlich Beamt:innen vorbehalten.

Allerdings gilt das Regel-Ausnahme-Prinzip, das sachlich begründete Ausnahmen zulässt – insbesondere bei Tätigkeiten mit geringer Eingriffsintensität.

- Polizeiliche Befugnisse für Tarifbeschäftigte sind möglich, wenn sie sich auf unterstützende Tätigkeiten mit begrenzter hoheitlicher Relevanz beziehen.
- Die Beteiligung von Tarifbeschäftigten ist rechtlich zulässig und entlastet Vollzugskräfte.
- Andere Länder wie Rheinland-Pfalz haben bereits erfolgreich Tarifbeschäftigte als Ermittlungspersonen eingesetzt.

6. Forderungen der GdP

1. Anerkennung tarifbeschäftigter Kolleg:innen als Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft für klar definierte Aufgaben.
2. Zeichnungsbefugnisse für standardisierte Sachverhalte zur Steigerung von Effizienz und Motivation.
3. Keine neuen Parallelstrukturen, sondern Weiterentwicklung vorhandener tariflicher Strukturen.
4. Ablehnung der Bezeichnung „Kriminalassistenz“.
5. Tarifgerechte Eingruppierung gemäß TVöD/TV-L/TV-H – entsprechend der übertragenen Verantwortung, Qualifikation und der Komplexität der Aufgaben.
6. Ausbau von Qualifizierungs- und Fortbildungsangeboten, insbesondere zu Cybercrime, Vernehmung, Dokumentation, Eigensicherung.
7. Rechtlicher Schutz sowohl für die Betroffenen als auch deren Hinterbliebenen bei (tödlichen) Dienstunfällen, analog § 43a BeamtVG (Unfallentschädigung).
8. Keine Übertragung des Strafverfolgungszwangs auf Tarifbeschäftigte.
9. Einheitliche Ausstattung und Arbeitsschutzstandards, beginnend mit der konsequenten Umsetzung der Gefährdungsbeurteilung für alle Arbeitsplätze sowie die Umsetzung der daraus resultierenden Maßnahmen, beispielsweise die Anschaffung von Reizstoffsprühgeräten, Schutzwesten, etc.
10. Dienst- bzw. Arbeitsschutzkleidung für Tarifbeschäftigte, angepasst an die jeweiligen Tätigkeitsbereiche – insbesondere für vollzugsnahe Tätigkeiten bzw. Bereiche mit Bürger:innenkontakt.
11. Finanzierung neuer Stellen durch gezielte Haushaltsmittel.
12. Regelmäßige Erhebung und Veröffentlichung der Stellenverteilung (Tarif, Verwaltung, Vollzug) durch die Innenministerkonferenz (IMK).

7. Schlussfolgerung

Die GdP erkennt den wachsenden Beitrag von Tarifbeschäftigten zur Inneren Sicherheit ausdrücklich an. Ihre Rolle muss ausgebaut, rechtlich abgesichert und tariflich anerkannt werden.

Die Stärkung tariflicher Beschäftigter in polizeilichen Aufgabenfeldern dient nicht nur der Effizienz und Attraktivität der Polizei, sondern letztlich auch dem Schutz der Bevölkerung.

Die GdP steht bereit, diesen Weg aktiv, verantwortungsvoll und im Sinne aller Beschäftigten mitzugestalten.

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand
Stromstr. 4, 10555 Berlin
www.gdp.de

Stand:
März 2026

Layout:
Wölfer Druck+Media, 42781 Haan

Titelbild:
KI-generiert

Gewerkschaft
der Polizei